

Der Deal mit dem Uran

—Lieferungen URENCOS in die USA verstoßen gegen Atomwaffensperrvertrag —

Das US-Atomwaffenprogramm wird künftig durch Uranlieferungen der zu einem Drittel deutschen Urananreicherungsfirma URENCO unterstützt – mit Zustimmung auch der Bundesregierung.

Das US-Atomwaffenprogramm wird künftig durch Uranlieferungen der zu einem Drittel deutschen Urananreicherungsfirma URENCO unterstützt – mit Zustimmung auch der Bundesregierung. Darüber berichtete Mitte Juni 2017 die Tagesschau. Gegenüber Medien und Parlament versucht die Bundesregierung derzeit alles, um konkrete Aussagen zu diesem überaus brisanten Atomdeal zu vermeiden. Bereits im April 2017 teilte der US-amerikanische AKW-Betreiber Tennessee Valley Authority (TVA) mit, dass die Tritium-Erzeugung für die US-Atomwaffen künftig nicht mehr allein im Block 1 des AKWs Watts Bar 1 erfolgen würde, sondern auch auf Block 2 und die beiden Reaktoren in Sequoyah ausgeweitet werde. Brisant wird diese Meldung auch, weil für die Uran-Versorgung dieser Reaktoren laut TVA künftig das deutsch-niederländisch-britische Unternehmen URENCO zuständig sein wird. Entsprechende Lieferverträge im Wert von 500 Millionen US-Dollar wurden in den letzten Monaten unterzeichnet.

Das Tritium wird in die Atomsprengköpfe eingebaut, um deren Wirksamkeit um ein Vielfaches zu erhöhen und muss aufgrund seines radioaktiven Zerfalls etwa alle zwölf Jahre ausgewechselt werden. Nachdem die USA ihre letzten Militärreaktoren dichtmachen musste, wurde die Tritium-Erzeugung ab Anfang der 2000er Jahre auf den Block 1 des kommerziellen, zur Stromerzeugung eingesetzten AKW Watts Bar verlagert. Der Betrieb von Atomanlagen für sowohl militärische als auch zivile Zwecke (*Dual Use*) ist aus friedenspolitischer Sicht umstritten.

Doch mit der Nutzung des kommerziellen Reaktors Watts Bar 1 war das „Tritium-

Thema“ nicht vom Tisch. Bereits Mitte der 2000er Jahre war absehbar, dass die letzte verbleibende nationale Urananreicherungsanlage ihren Betrieb würde einstellen müssen.

Bereits 2005 habe sich die URENCO daher laut einem Bericht des US-Energieministeriums mit der Frage befasst, ob sie als ein auf zivile Zwecke festgelegtes Unternehmen Uran für die Reaktoren liefern dürfte, in denen das militärisch erforderliche Tritium erzeugt würde. Dieses Gutachten war laut dem DOE-Bericht im Juli 2005 Thema bei einem Treffen der Regierungsmitglieder des URENCO-Kontrollgremiums, des Joint Committee, an dem auch die Bundesregierung beteiligt ist. Das Kontrollgremium habe der Rechtsauffassung des Unternehmens zugestimmt, da es sich bei dem Tritium lediglich um ein „Nebenprodukt“ handele. Angemerkt sei: Im Juli 2005 war eine rot-grüne Bundesregierung im Amt. Der federführend für URENCO zuständige Wirtschaftsminister war Wolfgang Clement (SPD) und Außenminister seinerzeit Joschka Fischer (Grüne).

Im Bericht der Tagesschau vom 14. Juni 2017 heißt es: „Der frühere URENCO-Chef Helmut Engelbrecht hatte 2015 in einem Interview mit der Wirtschaftswoche erklärt: „Alles, was mit angereichertem Uran und mit der Anreicherungstechnologie zu tun hat, ist Gegenstand der Überwachung und Kontrolle durch die Regierungen.““

Lange Zeit hatten die USA versucht, die Einbeziehung nicht US-amerikanischer Lieferanten für das Atomwaffenprogramm zu vermeiden. Doch die Schließung der letzten nationalen Urananreicherungsanlage im Jahr 2013 verschärfte das „Tri-

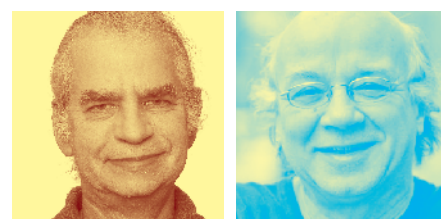


REAKTOR WATTS BAR, TENNESSEE (USA)

tium-Thema“. Die Ankündigung von TVA, die Tritium-Erzeugung ab dem Jahr 2020 auf insgesamt vier Reaktoren auszuweiten und das Uran dafür von URENCO zu beziehen, macht klar, dass die Regierung Trump die bisherigen Bedenken beiseitegelegt hat.

Skandalös aber ist, dass diese Unterstützung des US-Atomwaffenprogramms durch URENCO nur mit der Zustimmung der Bundesregierung möglich wird. Im Joint Committee hätte die Bundesregierung laut dem Vertrag von Almelo mit ihrem Veto-Recht (auch gegen die Stimmen der britischen und niederländischen Regierungen) die Möglichkeit gehabt, derartige Lieferungen zu verhindern. Mit allerlei Trickereien verschanzte sich die Bundesregierung: Streng vertraulich seien diese Vorgänge, teilte sie bislang auf Nachfragen mit. Wir fordern: Die Bundesregierung muss sich an den Atomwaffensperrvertrag halten und Uranzulieferungen an militärische genutzte Anlagen unterbinden.

Weitere Hintergründe und Quellen finden Sie unter: „Zivil-militärisch: US-Betreiber TVA weitet Tritium-Produktion für Atomwaffen aus“: ipnw.de/bit/hubertus-zdebel



Hubertus Zdebel ist MdB und Mitglied im Aufsichtsrat der Bundesgesellschaft für Endlagerung. Dirk Seifert ist Anti-Atom-Experte und wissenschaftlicher Mitarbeiter Hubertus Zdebels: <http://umweltfairaendern.de>